

mich die ganze Familie an und lachte. Ich wußte nicht, was los war. Ich war sprachlos, mein Vater sagte: „Unsere kluge und liebe Tochter ist doch nicht ausländisch geworden!“

Fehlgeschlagene Betreuung?

Es ist konsequent, angesichts der angesprochenen Probleme nach dem Konzept und dem *Erfolg der Betreuungsarbeit* verschiedener Institutionen zu fragen. Yoo glaubte hier Konzeptlosigkeit feststellen zu können. Er sieht bei den Koreanerinnen selbst keine ausreichende Zufriedenheit mit der Arbeit der betreuenden Stellen und er beklagt die niedrige Besuchshäufigkeit der Sozialbetreuer bei den Krankenpflegekräften. Meines Erachtens rechtfertigen weder das vorgelegte Material noch die Kenntnis der konkreten Anforderungen an die Sozialbetreuer diese Schlüsse. Immerhin sind nach den Untersuchungsergebnissen von Yoo selbst rund zwei Drittel der Befragten mit der Betreuungsarbeit zufrieden oder teils zufrieden. Bei der Schwierigkeit der gestellten Aufgabe ist dies ein hoher Anteil. Yoo gibt selbst zu (S. 361), daß wegen der großen Streuung der Koreanerinnen über das Bundesgebiet regelmäßige Besuche schwer zu realisieren sind. Schließlich sind die wenigen Betreuer wegen der großen Zahl der ihnen zugeteilten Koreanerinnen völlig überfordert. Sie mußten sich auf ein Konzept der offenen Tür zurückziehen. Das heißt, sie bieten sich als stets erreichbare Gesprächspartner während der Bürozeiten und auch in der privaten Wohnung an. Welche Konsequenzen das hat, ist dem Verfasser aus eigener Anschauung bekannt. In einer westdeutschen Großstadt fand eine Betreuerin nach der Heimkehr aus dem Büro regelmäßig wartende Ratsuchende vor ihrer Wohnungstür, die nach Dienstschluß im Krankenhaus mit ihren Problemen angereist kamen, so daß die Arbeitszeit der Betreuerinnen nicht selten 15 Stunden am Tag beträgt. Ob das von Yoo gewünschte Konzept im Sinne von *Umlernhilfen* für die Betreuungsarbeit anwendbar ist, bleibt zu bezweifeln. Die Zweifel gründen in der Kritik an der gesamten Aktion der Anwerbung der koreanischen Pflegekräfte.

Auf der Seite der Bundesrepublik stand ein Interesse am *Einsatz von Fachkräften auf Zeit*, nicht die Weiterbildung, nicht der kulturelle Austausch und nicht die Integration

dieser Fachkräfte. Bei den Pflegekräften selbst wirkt sich in jedem Fall das Nord-Süd-Gefälle zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern aus. Höhere Verdienstaussichten, Ausbruch aus traditionellen Bindungen und übertriebene Vorstellungen vom paradieshaften Leben in Europa zogen die Arbeitskräfte an. Die von diesen gegensätzlichen Ausgangspunkten herrührenden Schwierigkeiten werden durch ein einheitliches Betreuungskonzept – von den ersten Wochen des Aufenthaltes abgesehen – nicht aufgefangen werden. Die Probleme treten bei den Betroffenen zeitlich verschieden, individuell unterschiedlich und differenziert in der konkreten Erfahrung auf. Das, was not tut, ist also eine verstärkte individuelle Hilfestellung, die mehr Betreuungspersonal, aber kein anderes Konzept erfordert. Das praktische Konzept, vor allem der kirchlichen Betreuungsstellen, hat sich durchaus bewährt.

Rückkehrabsichten

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer wird das Interesse an der Rückkehr in die Heimat geringer. Nach einjährigem Aufenthalt wollen 62,8% der Betroffenen nach Ablauf des Vertrages in das Heimatland zurückkehren. Nach vierjährigem Aufenthalt sind es nur noch 38,5%. Hinter dieser Tendenz verbergen sich verschiedene Einflüsse. Man gewöhnt sich an die Andersartigkeiten. Man möchte in weiteren Jahren doch noch die gesteckten Ziele (Ersparnisse) erreichen. Man sieht ein, daß die Heiratschancen im Heimatland geringer geworden sind. Konsumansprüche können nicht reduziert werden. Wenn es 1976 erstmals in größerem Maße nicht zur Verlängerung der Arbeitsverträge kommen sollte, wird die Frage der Rückkehr für zahlreiche koreanische Pflegekräfte eine nicht gewünschte Lösung sein. Wird man auch bei der Reintegration die Koreanerinnen weitgehend sich selbst überlassen und nach dem Prinzip verfahren, der Mohr habe seine Schuldigkeit getan, er könne gehen? Es wäre eine Überlegung wert, ob das beachtliche Potential an Pflegekräften in der Bundesrepublik nicht endlich doch bei entsprechender Entwicklungsplanung und entsprechenden Anreizen dort eingesetzt werden kann, wo es am dringendsten gebraucht wird: in den ländlichen Gebieten Koreas. *Manfred Sollich*

Kurzinformationen

In einem Geheimen Konsistorium am 24. Mai kreierte Papst Paul VI. 19 neue Kardinäle. Zwei weitere Ernennungen behält der Papst „in petto“, d. h. sie werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekanntgegeben. Unter den neuen Kardinälen ist der deutsche Erzbischof *Josef Schröffer*, der als Sekretär der Kongregation für die katholische Erziehung an der Kurie tätig ist und

zuvor von 1948 bis 1968 Bischof von Eichstätt gewesen war. Neben ihm wurden fünf weitere Mitglieder der päpstlichen Kurie in das Kardinalskollegium aufgenommen: der ehemalige Nuntius in Bonn und jetzige Propäfekt der Kongregation für die Heiligsprechungen, *Corrado Bafile*; der argentinische Erzbischof *Eduardo Pironio*, Propäfekt der Kongregation für die Orden

und Säkularinstitute; der Dekan der Rota, der Pole *Boleslaw Filipiak* (der einzige Nichtbischof unter den neuernannten, der aber vor dem Konsistorium die Bischofsweihe erhielt) und die beiden Nuntien in Wien, *Opilio Rossi*, und in Lissabon, *Giuseppe Maria Sensi*. Von den 13 Ortsbischöfen, die den Purpur erhielten, kommen 10 aus der Dritten Welt: der Erzbischof von Dakar (Senegal), *Hyacinthe Thiandoum*; der Bischof von Ikot Ekpen (Nigeria), *Dominic Ekandem*; der Erzbischof von Kampala (Uganda), *Emmanuel Nsubuga*; der Erzbischof von Tananarive (Madagaskar), *Victor Razafimahatratra*; der Erzbischof von Kalkutta (Indien), *Lawrence Picachy*; der Erzbischof von Wellington (Neuseeland), *John Delargey*; der Erzbischof von Manila (Philippinen), *Jaime Sin*; der Erzbischof von Buenos Aires, *Juan Carlos Aramburu*; der Erzbischof von Fortaleza (Brasilien), *Aloisio Lorscheider*; der Erzbischof von Santo Domingo, *Octavio Beras Rojas*. Senegal, Nigeria, Uganda und die Dominikanische Republik haben damit zum erstenmal einen Kardinal unter ihren Bischöfen. Nicht überraschend kam die Ernennung der erst vor kurzem auf die traditionellerweise mit der Kardinalswürde verbundenen Bischofssitze berufenen Erzbischöfe von Esztergom, *Laszlo Lekai*, und Westminster, *Basil Hume*. In den Vereinigten Staaten zeigte man sich verschiedentlich darüber erstaunt, daß zwar der Erzbischof von Washington, *William Wakefield Baum*, nicht aber der Vorsitzende der US-Bischöfekonferenz und Erzbischof von Cincinnati, *Joseph Bernardin*, kreiert wurde (vgl. NCNS, 27. 4. 76). Spekulationen gab es darüber, wer die beiden „in petto“ ernannten Kardinäle sein könnten. Von verschiedener Seite wird angenommen, daß es sich dabei um Bischöfe aus Ländern handelt, die unter kommunistischer Herrschaft stehen. Genannt werden in diesem Zusammenhang vor allem der Apostolische Administrator von Prag, *Frantisek Tomasek*, aber auch der Erzbischof von Saigon, *Paul Nguyen van Binh*. Andere Kommentatoren vermuten, daß die beiden engsten Mitarbeiter Pauls VI., der Substitut im Staatssekretariat, Erzbischof *Giovanni Benelli*, und der Sekretär des Rates für die Öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Erzbischof *Agostino Casaroli*, die Erwählten sein könnten. Paul VI. würde ihnen damit den Aufstieg ins Kardinalskollegium und die Beteiligung am nächsten Konklave sichern, ohne sie jetzt aus ihren – nicht „kardinalswürdigen“ – Schlüsselpositionen versetzen zu müssen (vgl. NCNS, 28. 4. 76; NZZ, 27. 4. 76). Zusammen mit den beiden „in pectore“ ernannten Kardinälen zählt das Kardinalskollegium jetzt 138 Mitglieder, von denen 18 nicht mehr konklaveberechtigt sind, weil sie das 80. Lebensjahr überschritten haben. Damit entspricht die Zahl der zur Papstwahl berechtigten Kardinäle zur Zeit genau der für das Konklave vorgesehenen Höchstzahl von 120 Teilnehmern.

In überraschendem Ausmaß hat sich die Zahl der evangelischen Theologiestudenten in der Bundesrepublik Deutschland erhöht. Es wird bereits von einer „Theologenschwemme“ gesprochen, die auf die Landeskirchen zu Beginn der achtziger Jahre zukommen wird, wenn die jetzt Studierenden ihr Studium abgeschlossen haben. Im vergangenen Wintersemester waren an den zwölf theologischen Fakultäten und vier kirchlichen Hochschulen der Bundesrepublik fast 44% mehr Studenten immatrikuliert als vor vier Jahren. Dabei studieren von den 7202 angehenden Theologen (1972/73: 5046) mehr als zwei Drittel (5253) Theologie im Hauptfach (epd, 10. 5. 76). Die Universität Göttingen hat bereits zum laufenden Sommersemester „Höchstzahlbegrenzungen“ für theologische Studienanfänger eingeführt, an der Universität Kiel ist Theologie ein Numerus-clausus-Fach. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Studentenzahlen allgemein

steigen, weil jetzt geburtenstarke Jahrgänge die Gymnasien verlassen, liegen die Zahlen der Theologen immer noch erstaunlich und in jedem Fall überproportional hoch. Sicher gibt es eine Anzahl von Studenten, die Theologie als „Parkstudium“ wählen, um später ein Numerus-clausus-Fach zu belegen, doch scheinen das eher Ausnahmen zu sein. Vor allem spricht dagegen, daß die Studentenzahlen an den Kirchlichen Hochschulen, an denen nur Theologie angeboten wird, noch wesentlich stärker gestiegen sind als an den Universitäten (um ca. 90%). Ein weiteres Indiz gegen Spekulationen auf Theologie als Ausweichfach ist die Tatsache, daß eine große Zahl der theologischen Studienanfänger durchaus „numerus-clausus-fähig“ zu sein scheint. So erklärte der bayerische Landesbischof *Johannes Hanselmann*, ein Drittel der bayerischen Theologiestudenten habe den Notendurchschnitt 1,2 (epd, 3. 2. 76). Probleme wird allerdings die spätere Anstellung der Theologen mit sich bringen. Zur Zeit gibt es zwar in einigen Landeskirchen einen erheblichen Pfarrermangel oder er steht unmittelbar bevor. In Württemberg beispielsweise sind 10% der Pfarrstellen unbesetzt. Nach den „Hungerjahren“ bis 1980/81 wird es aber schon bald *sehr viel mehr Bewerber als freie Pfarrstellen* geben. Mitte Mai berieten die Ausbildungsreferenten der Landeskirchen, was zur „Beratung und Selektion“ des theologischen Nachwuchses getan werden könne. Schon vor einiger Zeit erklärte der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Helmut Claß*, die Kirche könne zwar keine Einstellungsgarantie für künftige Pfarrer geben, die Pfarrerschaft werde aber alles tun und finanzielle Opfer bringen, um den lange Zeit vergeblich erhofften Pfarrernachwuchs zu integrieren. Bischof Hanselmann teilte damals mit, bayerische Theologiestudenten würden auf 20% ihres Pfarrergehaltes verzichten, wenn dafür 50% mehr Pfarrer angestellt würden (vgl. epd, 3. 2. 76).

Bemerkenswerte Aussagen über den Episkopat und das Petrusamt hat Frère Max Thurian von der Brüdergemeinschaft Taizé gemacht. Thurian, der während des Konzils der protestantischen Beobachtergruppe angehörte, äußerte sich in einem Vortrag im „Centro di Studi S. Luigi di Francia“ in Rom. Er sprach über „Theologische und geistliche Bedingungen der Einheit der Christen“ (vgl. Osservatore Romano, 11. 4. 76). Thurian betonte, daß mit der sichtbaren Einheit der Kirche eine Pluralität der Menschen, der Gesellschaften, der Gemeinschaften und der Kulturen durchaus vereinbar sei. Diese Pluralität müsse aber ständig daraufhin geprüft werden, ob sie nicht von der von Christus gewollten Einheit wegführe. Deshalb sei es die zentrale Funktion des Bischofs, an die Einheit in den fundamentalen Glaubensaussagen zu erinnern. „Der wesentliche Auftrag des Bischofs ist es, seinen Brüdern im Amt und im Volk Gottes zu helfen, mit großer Sorgfalt den Glauben, wie er von Christus kommt und von den Aposteln bezeugt ist, zu bewahren und seinen Inhalt weiter zu überliefern.“ Der Episkopat sei ein von den Aposteln empfangenes Gut, an dessen Wert, ja Notwendigkeit man sich erinnern müsse, wenn man eines Tages die volle sichtbare Einheit der Kirche erreichen wolle. Eindringlich wies Thurian auf die Bedeutung des „Amtes der universalen Einheit“ hin. Man könne nicht leugnen, daß die Protestanten jahrhundertlang die Autorität des Bischofs von Rom zurückgewiesen hätten. Ebenso hätten andererseits die Katholiken die Rolle des Papstes nicht immer in einer Weise interpretieren können, die den Erfordernissen der gesamtkirchlichen Tradition genügt hätte. Die Päpste *Johannes XXIII.* und *Paul VI.* hätten aber den geistlichen und pastoralen Charakter des universalen Amtes wieder verständlich gemacht. Anhand päpstlicher Titel beschrieb Thurian die Funktion des Petrusamtes. Als Ortsbischof sei der Papst *Nachfolger aller*

Bischöfe von Rom, dem deshalb ein „Vorsitz in der Liebe“ gebühre; als *Patriarch des Westens* führe er den Dialog mit der Ostkirche und anderen Schwesterkirchen sowie mit den getrennten kirchlichen Gemeinschaften des Westens; als *Schiedsrichter im Bischofskollegium* müsse er die universale Einheit bewahren und vertiefen und im Fall von schweren Krisen die Bischöfe an das Wort Christi erinnern; als *Diener der Diener Gottes* habe der Papst ein „prophetisches Charisma“, das ihn zu mehr als einem bloßen Präsidenten der Kirchen und der Bischöfe mache und kraft dessen er der universalen Kirche Orientierung gebe und neue Perspektiven eröffne; im Licht der „prophetischen Freiheit“ des Papstes als ersten Dieners Christi müsse man der „delikatsten Frage“ der päpstlichen Unfehlbarkeit nachgehen; schließlich sei der Papst *Repräsentant der ganzen Kirche im Dialog mit der Welt*, in der die Kirche Bote von Friede und Gerechtigkeit, Zeichen und Instrument der Versöhnung sei. Wörtlich fragte Thurian: „Wer würde die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines solchen Amtes bestreiten?“

Für die italienischen Parlamentswahlen am 20./21. Juni haben sich mehrere bekannte katholische Persönlichkeiten als Unabhängige auf der Liste der Kommunistischen Partei als Kandidaten aufstellen lassen: Unter ihnen der florentinische Schriftsteller *Mario Gozzini*, der bereits in der Vorkonzilszeit als ein intellektueller Bannerträger konziliarer Erneuerung galt, *Carlo Pratesi*, ehemals Chefredakteur der Parteizeitung der *Democrazia Cristiana* „Il Popolo“ und der ehemalige Chefredakteur der zu Konzilszeiten hochangesehenen, inzwischen mit dem Mailänder „Avvenire“ verschmolzenen Bologneser katholischen Tageszeitung „Avvenire d'Italia“, *Raniero La Valle*, der sich in einem römischen Wahlkreis für einen Senatssitz bewirbt. Diese Kandidaturen sind einerseits Teil des besonders bei diesen Wahlen erkennbaren Bemühens der Parteien, unabhängige Persönlichkeiten aus Intelligenz, Wirtschaft und Verbänden für Kandidaturen auf Parteilisten zu gewinnen. Auf einer ähnlichen Linie bewegt sich z.B. auch die Kandidatur des EG-Kommissars *Altiero Spinelli*. (Dabei scheinen die Kommunisten gegenüber der *Democrazia Cristiana* auch in diesem Punkt im Vorteil zu sein. Von ganz bekannten Persönlichkeiten hat sich für letztere bis Mitte Mai nur *Umberto Agnelli*, der jüngere Bruder des FIAT-Chefs *Gianni Agnelli*, zu einer Kandidatur in Pinerolo, dem Wohnsitz der Agnelli bereit erklärt. Doch stieß dessen Kandidatur auf beträchtlichen Widerstand des linksorientierten Turiner DC-Matadors und mehrmaligen Industrie- und Arbeitsministers *Donat Cattin*.) Sie sind andererseits aber auch Ausdruck einer politischen und geistigen Entwicklung einer gewissen Schicht katholischer Intellektueller, die – von einem starken spiritualistischen und politisch „antikapitalistischen“ Grundzug geprägt – die Reformhoffnungen des Konzils begeistert aufnahmen und verbreiteten, aber am institutionellen Beharrungsvermögen des Vatikans, der katholischen Kirche Italiens und an dem in erster Linie von der *Democrazia Cristiana* „verwalteten“ politischen System irre geworden sind und sich inzwischen in starre ideologische Schemata sozialistisch-marxistischer Herkunft verrannt haben. Da und dort scheint auch das Bestreben maßgebend zu sein, die „svolta“, die erwartete Wendung zu einer „Hegemonie von links“ nach dreißigjähriger christlich-demokratischer Vorherrschaft, nicht zu versäumen oder – positiv ausgedrückt – in einer erhofften oder erwarteten Regierung unter Führung oder Teilnahme der Kommunisten Einfluß zu sichern. Da es sich bei diesen Bewerbern einerseits um bekannte Persönlichkeiten handelt, es andererseits nicht bei diesen Bewerbungen geblieben ist – die Bewegung „Christen für den Sozialismus“ hat

sich ebenfalls für Linksparteien von den Sozialisten bis zu den extremistischen Splitterparteien links von den Kommunisten erklärt –, konnte eine klare *Reaktion amtskirchlicher Stellen* nicht ausbleiben. In einer am gleichen Tag, an dem die Kandidaturen von Gozzini, La Valle und Pratesi endgültig bestätigt wurden, veröffentlichten Stellungnahme warnte das *Präsidium der Italienischen Bischofskonferenz* die „Brüder im Glauben“, Entscheidungen zu treffen, „die in offenem Gegensatz zur christlichen Botschaft stehen oder die kirchliche Gemeinschaft schwer verletzen können“ (vgl. *Osservatore Romano*, 12. 5. 76). Alle Mitglieder kirchlicher Gemeinschaften wurden aufgefordert, „schlüssige Optionen zu tätigen und Risiken zu vermeiden, welche sich aus Ideologien und Bewegungen ableiten, die auf Grund ihrer inneren Natur oder geschichtlicher Umstände unvereinbar sind mit dem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild und keine Garantie für die volle (integrale) Förderung des Menschen und der Gemeinschaft bieten“. Darüber hinaus wurden die Katholiken aufgefordert, „in dieser delikaten und entscheidenden Stunde unseres Landes“, wo menschliche Grundwerte ernsthaft gefährdet seien, trotz vieler Schwierigkeiten, Verirrungen und Fehler nicht in Apathie zu verfallen, nicht ihre Energien zu zerstreuen, sondern ihre moralischen und staatsbürgerlichen Verpflichtungen gemeinsam wahrzunehmen: Im Klartext war dies ein erster deutlicher Hinweis, der DC die Unterstützung nicht zu versagen. Neben einem scharfen Kommentar im „*Osservatore Romano*“ meldete sich zu den Kandidaturen, ohne Personen und Sache direkt zu nennen, auch der Papst selbst zu Wort: in der Mittwochsaudienz vom 12. Mai (vgl. *Osservatore Romano*, 13. 5. 76). Paul VI. sprach vom Christen, der in der Welt auf Gegnerschaft, Verfolgung und Ungerechtigkeit stößt. Selbst unter Glaubensbrüdern finde er Zwietracht, Aversion und sogar Verrat. Wieder einmal zitierte der Papst Mt 10, 36: „Die Hausgenossen ... werden seine Feinde sein“, und fuhr dann wörtlich fort: „Wie allgemein und uns nahe ist heute dieses Leiden. Manchmal haben sich gerade die liebsten Freunde, die vertrautesten Kollegen, die Mitbrüder am selben Tisch gegen uns gekehrt (vgl. Ps 54, 13–15). Die Kontestation ist zur Gewohnheit geworden, die Untreue gleichsam eine Bekräftigung der Freiheit.“

Die Betroffenen selbst rechtfertigten sich in einer eigenen Stellungnahme mit dem Hinweis: das Angebot der KPI beinhalte weder die Forderung, der Ideologie des Marxismus anzuhängen, noch verlange sie „die Annahme aller programmatischen und methodologischen Inhalte der Partei“. Im Fall ihrer Wahl könnten sie sich im Parlament unabhängig äußern und frei entscheiden. Im übrigen sei ihr Schritt eine politische und keine Glaubensentscheidung. Er sei als Beispiel dafür anzusehen, daß die Grenzen einer Glaubensgemeinschaft weiter sind als die einer Partei.

Die 69. **National-Synode der Reformierten Kirche Frankreichs** (ERF, mit 400 000 Gläubigen) hat vom 30. April bis 2. Mai bei Chantilly das Thema der Synode von 1975, „Übermittlung des Evangeliums“, wieder aufgegriffen, und zwar im Beisein von *Stéphane Desmazieres*, Bischof von Senlis, und anderer römisch-katholischer Beobachter (B. I. P. vom 7. 5. 76). Unter dem für Protestanten provozierenden Einfluß des Besuches von Präsident Geisel von Brasilien bei Giscard d'Estaing fiel die Programmrede von Pastor *Jacques Maury*, Präsident des nationalrates der ERF, über „ein anspruchsvolles Experiment“ scharf aus im Sinne einer „politischen Theologie“. Er wandte sich zwar gegen die „Einäugigkeit“ des Wirtschaftswissenschaftlers *C. Gruson*, der in einer Vorlage die Unfähigkeit der Gesellschaft anprangerte, auf lange Sicht innerhalb der weltwirtschaftlichen

Interdependenz so zu planen, daß die Entwicklung nicht in einer Katastrophe endet. Maury sieht die Verantwortung der Christen und Kirchen nicht darin, wirtschaftliche Prozesse zu steuern, wohl aber in der Pflicht, das Schweigen über diese Vorgänge zu durchbrechen und für den Menschen Partei zu ergreifen. Auch Schweigen habe politische Folgen, wie Brasilien zeige. Geboten sei das prophetische Wächteramt gegenüber gewaltsamer Verletzung der Menschenrechte. Doch die Kirche habe nicht die Hälfte ihrer Aufgabe erfüllt, wenn sie nicht weitersieht. Als Beispiel nannte er den zunehmenden internationalen Waffenhandel, der in Frankreich als Mittel zur Erhaltung von Arbeitsplätzen gerechtfertigt werde. Die Kirchen hätten als übernationale Gemeinschaft andere Möglichkeiten des gemeinsamen Lebens aufzuzeigen als die Aufrüstung. Daher müsse die ERF das neue Programm des Ökumenischen Rates von Nairobi gegen den Militarismus als hauptsächlicher Gefahr unserer Epoche fördern. Dokumente über die Beratungen der Synode wurden nicht veröffentlicht außer den Themen, die der Katechese und Evangelisation galten. Die Wochenzeitung „Réforme“ (8. 5. 76) gab ihrem Bericht den Akzent: „Eine Zeit der Wahrheit“, und „Le Monde“ (5. 5. 76): „Die Rückkehr zum Wesentlichen“. Ihr Korrespondent *Henri Fesquet* schloß mit der These Maurys: „Wir wissen nicht mehr recht, wo wir stehen, und noch weniger, wohin wir gehen.“

Überlegungen für eine neue inhaltliche und organisatorische Ausrichtung des Theologiestudiums in Kamerun unterbreitete Bischof *Simon Tonye* von Douala der Bischofskonferenz dieses afrikanischen Landes (vgl. DIA, 3. 5. 76). Die Bischöfe befaßten sich auf ihrer diesjährigen Konferenz vom 27. bis 30. April in Yaoundé mit dem Thema „Priester- und Ordensberufe“. Der erste Teil des Dokumentes legt grundsätzliche Orientierungen fest und behandelt die Bedeutung und Voraussetzungen der Berufung. Sie sei nicht mit einer lukrativen Karriere verbunden, sondern setze große Disponibilität und Annahme von Armut in einer von Egoismus bestimmten Welt voraus. Der kirchliche Zölibat

und die Enthaltbarkeit, die zwar nicht notwendig zur Natur des Priestertums gehörten, stellen nach Meinung des Bischofs eine weitere große Anforderung dar. Es sei eine Frage der Disziplin, sich dieser seit dem Konzil von Trient geübten Praxis zu fügen. Der zweite Teil des Dokuments enthält eine Liste der vom zukünftigen Priester erwarteten Qualitäten, nämlich: spirituelle Bildung und Frömmigkeit sowie die Grundeinstellung, in erster Linie ein Dienender zu sein. Ferner werden von ihm Liebe, Unterordnung und Charakterreife erwartet, die sich in Standfestigkeit und Urteilsfähigkeit zeigen. Körperliche und geistige Arbeit müsse er lieben und selbst als Vorbild für die anderen ausüben. Nach diesen grundsätzlichen Überlegungen folgen in einem dritten Teil die praktischen Vorschläge. Ausgehend von der Überlegung, daß alle Gedanken über eine neue Sicht der Notwendigkeiten im Rahmen der Priesterausbildung sinnlos seien, wenn sie sich nicht in die Praxis umsetzen ließen, folgen Reformvorschläge für einen Neuaufbau des Studiums und für eine Reorganisation des Priesterseminars von Nkolbisson in Yaoundé. Die Vorschläge richten sich hauptsächlich gegen die bisher zu sehr akademisch ausgerichtete Ausbildung. Demgegenüber soll demnächst das Studium mit zweijährigen Studien der Philosophie, afrikanischen Anthropologie, Soziologie und ähnlichen nichttheologischen Fächern beginnen. Mit Beginn des dritten Studienjahres sollen die Seminaristen die Soutane anziehen und drei Jahre lang Theologie mit den Schwerpunkten Dogmatik, Moral und Kirchenrecht studieren. Danach sollen sie die niederen Weihen erhalten, bevor sie zu einem einjährigen Praktikum entlassen werden. Daran schließen sich noch einmal zwei Jahre Theologiestudium mit der Diakonatsweihe nach dem ersten und der Priesterweihe nach dem zweiten Jahr an. Der Leiter des Seminars soll durch Verteilung der Aufgaben entlastet werden, um sich so besser direkt mit der menschlichen und geistigen Bildung der Seminaristen befassen zu können. Zur Verbesserung der wissenschaftlichen Ausbildung der Priester soll auch die Einführung von Fortbildungskursen nach einigen Amtsjahren an speziell für diese Aufgabe vorbereiteten Fakultäten dienen.

Bücher

GERHARD EBELING, **Wort und Glaube**. Dritter Band. Beiträge zur Fundamentaltheologie, Soteriologie und Ekklesiologie. Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1975. 647 S. 89.–DM.

Unter dem Titel, den bereits seine früheren – 1960 bzw. 1969 erschienenen – Aufsatzsammlungen trugen, legt Gerhard Ebeling einen dritten gewichtigen Band vor. Die Kontinuität des Titels steht für die Kontinuität einer theologischen Position, für die die Rückbeziehung auf die Theologie Luthers einerseits und die Offenheit für den gegenwärtigen Problemhorizont andererseits den hermeneutischen Rahmen für die Auslegung der Sache des Christentums heute abgeben. Das Wort als gewißmachende Glaubenszusage, der Glaube als Sprachgeschehen, die Rechtfertigung, der spannungsvolle Zusammenhang von Gesetz und Evangelium – die ständige, teils explizite, teils mehr implizite Präsenz

dieser Themen zeigt, daß es Ebelings Anliegen geblieben ist, „verantwortende Rechenschaft über den christlichen Glauben“ (so definiert er an einer Stelle Theologie) dadurch zu leisten, daß er das Erbe der Reformation im Weiterdenken bewahrt. Diese Bindung an die theologische Tradition scheint zwar – obwohl gänzlich fern von konfessionalistischer Enge – manchmal die Gefahr mit sich zu bringen, daß durch die Ontologisierung und Systematisierung von historischen Fragen und Antworten (nämlich der der Reformation) bestimmte Aspekte der heutigen Problematik nicht unverstellt in den Gesichtskreis treten können, andererseits bewahrt diese Bindung nach rückwärts aber vor einem Hang zum Modischen, wie er sich etwa in einer „Theologie der Schlagzeilen“ (421) im Zusammenhang der Diskussion um ein „religionsloses Christentum“ oder die politischen Konsequenzen der christlichen Botschaft manifestierte. Der Respekt